



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



ZUKUNFT ZUSAMMEN GLOBAL GESTALTEN

Inhalt

Vorwort von Bundesministerin Reem Alabali Radovan	4
1. Zukunftsfähige Entwicklungspolitik als Kooperationspolitik neu denken	6
Reform der Entwicklungspolitik als Antwort auf eine veränderte Weltordnung	6
Die deutsche Entwicklungspolitik: Selbstverständnis und Leitbild	8
2. Vier Ziele des BMZ – Fokus und Profilschärfung	9
ZIEL 1	
Armut, Hunger und Ungleichheiten überwinden sowie Rechtsstaatlichkeit und zivilgesellschaftliche Räume schützen	9
ZIEL 2	
Frieden und Stabilität – nachhaltig Sicherheit fördern	11
ZIEL 3	
Wirtschaftliche Zusammenarbeit für nachhaltiges und gerechtes Wachstum ermöglichen	13
ZIEL 4	
Strategische Allianzen für globale Lösungen und das multilaterale System stärken	15
3. Die Partnerländer und das regionale Profil des BMZ	18
Das Partnerschaftsmodell des BMZ	18
Zusammenarbeit mit Least Developed Countries (LDC)	18
Zusammenarbeit mit aufstrebenden Volkswirtschaften	19
Das regionale Profil des BMZ	20
<i>Afrika</i>	20
<i>Nordafrika und Nahost (MENA)</i>	21
<i>Östliche EU-Nachbarschaft (Südost-, Osteuropa, Südkaukasus)</i>	21
<i>Lateinamerika</i>	21
<i>Asien</i>	22
4. Eine modernisierte Umsetzungsstruktur für die Entwicklungspolitik	23
Neues Zielsystem verstärkt politischen Steuerungsanspruch	23
Haushalt vereinfachen; Allokation politischer steuern	23
Evidenz und Wirkungen weiter erhöhen	24
Strategische Außenkommunikation stärken	25
5. Vom Plan zur Umsetzung – Ausblick auf die nächsten Schritte	26

Vorwort

von Bundesministerin Reem Alabali Radovan

Die Welt befindet sich in einem tiefgreifenden Umbruch. Die internationale Ordnung wird zunehmend multipolar, geopolitische Spannungen nehmen zu, alte Gewissheiten tragen nicht mehr. Kriege, Krisen und grenzüberschreitende Herausforderungen, wie der Klimawandel, Hunger, Armut und wachsende Ungleichheiten, verschärfen die Lage. Eine starke Entwicklungspolitik ist unverzichtbarer Teil unserer Antwort auf diese Unsicherheiten. Sie steht für internationale Solidarität und für die Überzeugung, dass Politik das Leben von Menschen konkret verbessern kann. Sie setzt dort an, wo Armut, Hunger und Perspektivlosigkeit den Alltag bestimmen. Sie verringert Ungleichheiten, schafft Chancen und trägt dazu bei, Konflikte zu verhindern. Damit ist Entwicklungspolitik ein integraler Teil deutscher Sicherheitspolitik – im Dreiklang mit Außen- und Verteidigungspolitik – und zugleich Ausdruck von Verantwortung gegenüber heutigen und künftigen Generationen.

Für mich ist klar: Deutschlands Zukunft – unser Frieden, unsere Sicherheit und unser Wohlstand – hängen entscheidend von unseren Beziehungen und Partnerschaften mit dem Globalen Süden ab. Internationale Solidarität ist kein moralischer Luxus, sondern eine strategische Notwendigkeit.

Gleichzeitig erleben wir Umbrüche in der internationalen Zusammenarbeit. Unsere Partner werden selbstbewusster, artikulieren ihre Interessen klarer und die Erwartungen an Gleichberechtigung und Respekt wachsen. Viele Länder des Globalen Südens erwarten zu Recht eine echte Zusammenarbeit – keine Almosen, nicht Belehrung, nicht Abhängigkeit, sondern gemeinsame Lösungen. Diese Realität zu erkennen und ernst zu nehmen, ist Voraussetzung für glaubwürdige Politik.

Dabei gilt für mich: Niemand darf zurückgelassen werden. Entwicklungspolitik richtet sich zuerst an diejenigen, die am stärksten von Armut, Ausgrenzung und Krisen betroffen sind. Sie schafft Frieden und setzt der Klimakrise etwas entgegen. Gerade dort, wo staatliche Strukturen schwach sind, Ungleichheiten wachsen, Menschen kaum Gehör finden und zivilgesellschaftliches Engagement zentrale Räume für Teilhabe, Recht

und soziale Stabilität eröffnet, muss internationale Solidarität konkret werden. Mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung gibt es einen klaren Orientierungsrahmen, dessen Anspruch wir weiterverfolgen

Gerade jetzt braucht es strategische Klarheit. In einer Welt, in der autoritäre Systeme an Einfluss gewinnen und internationale Regeln zunehmend infrage gestellt werden, ziehen wir uns nicht zurück. Deutschland bleibt ein verlässlicher, wertebasierter Partner für eine regelbasierte internationale Ordnung. Wir bringen uns im engen Schulterschluss mit unseren europäischen Partnern gestaltend in internationale Entwicklungs- und Ordnungsfragen ein und übernehmen dort Verantwortung, wo Kooperation mehr bewirkt als nationale Alleingänge. Das Friedensversprechen der Vereinten Nationen gilt noch immer und wir wollen einen sichtbaren Beitrag dazu leisten, die Vereinten Nationen zu stärken, und damit die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort spürbar verbessern. Unsere Entwicklungspolitik ist dabei wertegeleitet und interessenbewusst: Sie folgt der Überzeugung, dass nachhaltige Entwicklung, Stabilität und internationale Kooperation im gemeinsamen Interesse liegen. Sie verbindet soziale Gerechtigkeit mit langfristiger Sicherheit und wirtschaftlicher Perspektive – nicht kurzfristig oder transaktional, sondern partnerschaftlich und auf Augenhöhe.

Deutsche Entwicklungspolitik ist seit 60 Jahren Vertrauenspolitik und verfügt über ein enormes Netzwerk an politischen Beziehungen mit Regierungen, aber auch mit gesellschaftlichen Gruppen, wie der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft. Sie hat auf dieser Grundlage Institutionen gestärkt und partnerschaftliche Netzwerke geschaffen. Diese Partnerschaften wachsen über Jahre, manche über Jahrzehnte. Sie schaffen Vertrauen, das politische Wechsel überdauert, und eröffnen Handlungsspielräume in Krisenzeiten. Dieses belastbare Vertrauensnetzwerk ist ein Alleinstellungsmerkmal deutscher Entwicklungspolitik. Dieses Vertrauen ist gerade in Zeiten globaler Umbrüche eine wichtige strategische Ressource, die wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen dürfen.

Diese bilaterale Stärke ist zugleich die Grundlage unseres multilateralen Engagements. Unsere gewachsenen Partnerschaften verleihen Deutschland Glaubwürdigkeit in internationalen Foren und Organisationen. Wir nutzen diese Position, um multilaterale Strukturen aktiv mitzugestalten, reformfähig zu halten und auf gemeinsame Lösungen auszurichten. In einer fragmentierten Weltordnung besteht multilaterale Zusammenarbeit nicht um ihrer selbst willen, sondern ist der Ort, an dem Vertrauen aus bilateralen Beziehungen in globale Regeln, gemeinsame Standards und kollektive Handlungsfähigkeit übersetzt wird.

Diese strategische Neujustierung der deutschen Entwicklungspolitik betrifft auch die Art unserer Zusammenarbeit. Mit aufstrebenden Volkswirtschaften entwickeln wir unsere Partnerschaften weiter – hin zu einer Zusammenarbeit, die stärker auf Eigenverantwortung, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und gemeinsame Interessen setzt. Entwicklungspolitik bedeutet hier nicht weniger Engagement, sondern eine andere Form von Verantwortungsteilung – mit klaren Erwartungen an Wirkung, Transparenz und gegenseitige Verlässlichkeit in einer sich wandelnden Welt.

Zugleich setzen wir einen klaren Schwerpunkt dort, wo die Herausforderungen am größten sind: auf die Regionen, in denen besonders viele Menschen von Armut betroffen sind, in fragilen Kontexten und im Wiederaufbau nach Krisen und Konflikten. Wer Menschen keine Perspektiven eröffnet, überlässt sie Unsicherheit, Gewalt und Ausgrenzung. Flucht ist oft Ausdruck fehlender Chancen, zerstörter Lebensgrundlagen und zerbrochener Hoffnungen. Entwicklungspolitik setzt deshalb dort an, wo Menschen bleiben wollen, weil sie eine Zukunft für sich und ihre Familien sehen.

Diese Reform ist Ausdruck meiner Überzeugung, dass wir Entwicklungspolitik jetzt strategischer, fokussierter und partnerschaftlicher aufstellen müssen. Nicht, weil internationale Solidarität an Bedeutung verloren hätte – sondern weil sie heute mehr denn je strategische Klarheit braucht. Wir können nicht alles gleichzeitig tun. Aber wir können dort einen Unterschied machen, wo unser Engagement nachhaltig wirkt und echte Perspektiven



eröffnet. Die Neuaufstellung ist institutionell verankert. Sie betrifft Strukturen, Steuerungsmechanismen und Prioritätensetzung gleichermaßen und schafft die Voraussetzung für dauerhaft wirksames Handeln.

Deshalb richtet diese Reform die deutsche Entwicklungspolitik an klaren Wirkzielen aus. Diese Wirkziele leiten sich aus den großen Herausforderungen unserer Zeit ab und fokussieren unser Handeln auf das, was langfristig trägt: Armut, Hunger und Ungleichheiten zu überwinden; gesellschaftliche Resilienz und Stabilität zu stärken; tragfähige wirtschaftliche Entwicklung als Grundlage von Teilhabe; handlungsfähige multilaterale Systeme. Diese Ziele sind kein Selbstzweck. Sie sind Ausdruck eines politischen Anspruchs: Verantwortung zu übernehmen und Wirkung zu erzielen.

Wenn wir heute auf die kommenden zehn Jahre blicken, sehen wir eine Welt, die noch stärker von Machtverschiebungen, Konkurrenz und globalen Risiken geprägt sein wird. In einer solchen Welt entscheidet sich internationale Zusammenarbeit über Vertrauen, Verlässlichkeit und Respekt. Zusammenarbeit auf Augenhöhe – strategisch, fokussiert und partnerschaftlich – ist der Schlüssel.

Ich begreife diesen Umbruch nicht nur als Herausforderung, sondern als Chance: als Chance, Entwicklungspolitik neu zu justieren, Deutschlands Rolle zu stärken und internationale Solidarität zukunftsfähig zu machen. Diese Reform steht für dieses Selbstverständnis. Sie steht für eine Entwicklungspolitik, die Verantwortung übernimmt, Partnerschaften vertieft und Deutschlands Rolle in der Welt aktiv gestaltet.

*Reem Alabali Radovan, MdB
Bundesministerin für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung*

1. Zukunftsfähige Entwicklungspolitik als Kooperationspolitik neu denken

Reform der Entwicklungspolitik als Antwort auf eine veränderte Weltordnung

Die internationale Ordnung befindet sich in einem grundlegenden Wandel. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verschieben sich. Staaten, die über Jahrzehnte als Empfänger internationaler Unterstützung galten, treten zunehmend als eigenständige Akteure in globalen Märkten und sicherheitspolitischen Räumen auf. **Länder des Globalen Südens werden politisch und geostrategisch immer wichtiger.** Mit der veränderten globalen Rolle der USA, dem Aufstieg Chinas und dem neuen Gestaltungsanspruch der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) bilden sich **neue Machtkerne und Allianzen** heraus.

Deutschlands Rolle in der Welt fußt maßgeblich auf einem auf Kooperation ausgerichteten Ansatz und dem Einsatz für globale Solidarität. Als bedeutender globaler Akteur und große Volkswirtschaft arbeitet Deutschland an der gerechten Gestaltung internationaler Zusammenarbeit – aus einer wertebasierten Überzeugung heraus sowie aufgrund deutscher Interessen. Entsprechend sind Partnerschaften mit den Ländern des Globalen Südens für Deutschland auch wirtschaftlich zentral – als Absatzmärkte, Investitionsstandorte und als Lieferanten von Rohstoffen, Waren und Dienstleistungen. Diese Partnerschaften dienen zugleich deutschen Interessen und der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung der Partnerländer. **Protektionistische Maßnahmen, Zölle und ein zunehmender Unilateralismus** erschweren jedoch sowohl den internationalen Handel als auch eine auf gegenseitigen Nutzen ausgerichtete und zugleich wertebasierte Kooperation weltweit. Globale Krisen, geopolitische Spannungen und die weltweiten Auswirkungen des

russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine erhöhen die Anfälligkeit zusätzlich. In der Zukunft werden Deutschlands politischer Einfluss und Wohlstand entscheidend davon abhängen, ob es gelingt, mit den Partnern im Globalen Süden tragfähige politische und wirtschaftliche Beziehungen auf- und auszubauen.

Die internationale Ordnung ist somit heute fragmentierter, wettbewerbsintensiver und instabiler. Für Deutschland bedeutet das: Stabilität, Resilienz und verlässliche Partnerschaften entscheiden heute stärker denn je über sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit, wirtschaftliche Perspektiven und globale Glaubwürdigkeit. Die deutsche **Entwicklungspolitik befindet sich damit an einem strategischen Wendepunkt.**

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit für eine umfassende Reform der deutschen Entwicklungspolitik und eine Neuaufstellung als **strategisch ausgerichtete, verlässliche und glaubwürdige Kooperationspolitik.** Entwicklungspolitik stärkt Deutschlands Beziehungen mit Ländern des Globalen Südens und der europäischen Nachbarschaft, baut Einfluss aus und wahrt das deutsche Interesse an Frieden, Stabilität, einer regelbasierten globalen Ordnung sowie einem stabilen wirtschaftlichen Umfeld. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) setzt seine Kooperationspolitik deswegen bewusst als geopolitisches Instrument ein.

Deutschland übernimmt **als größter bilateraler Geber eine starke internationale Rolle bei der Gestaltung globaler Herausforderungen.** Die gewachsenen Beziehungen in Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft über die langjährige bilaterale Zusammenarbeit und multilaterale Organisationen werden strategischer eingesetzt, um globale Allianzen zu stärken und gemeinsam mit Partnern wie der Europäischen Union, den multilateralen Entwicklungsbanken und den Vereinten Nationen

auf Stabilität und Wohlstand hinzuarbeiten. Eine moderne Entwicklungspolitik verkörpert langfristige Verlässlichkeit und Kontinuität und ist zugleich zentral für die *soft power* Deutschlands im Globalen Süden.

Deutschland verfügt über einen **substantiellen Vorteil im Vergleich zu anderen internationalen Akteuren:**

Die deutsche bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit starker Präsenz vor Ort, vor allem getragen durch die Durchführungsorganisationen Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH und Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), aber auch durch zivilgesellschaftliche Akteure, kirchliche Träger oder politische Stiftungen, ist **ein globales Alleinstellungsmerkmal**. Das BMZ arbeitet seit mehr als sechs Jahrzehnten direkt und vertrauensvoll mit Partnerländern des Globalen Südens zusammen. Diese Beziehungen sind nicht kurzfristig, nicht situativ, nicht kleinteilig. Sie sind historisch gewachsen, politisch verlässlich und **Grundlage für deutsche *soft power*** weltweit.

Die Investitionen in Entwicklungszusammenarbeit und entsprechende internationale Anstrengungen der vergangenen Jahre haben zu substantiellen Fortschritten geführt. Viele Entwicklungsziele konnten erreicht werden: So ist die Anzahl der in extremer Armut lebenden Menschen zwischen 1990 und 2025 von 2,3 Milliarden auf 831 Millionen gesunken und in vielen Ländern des Globalen Südens ist eine größere Mittelschicht entstanden. Durch Impfungen und andere Gesundheitsmaßnahmen sank die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren seit 1990 weltweit um mehr als die Hälfte und internationale Malariaprogramme trugen maßgeblich dazu bei, dass seit 2000 weltweit über zwei Milliarden Malariafälle und über zwölf Millionen Todesfälle verhindert worden sind. Auch der Einsatz für Bildung zeigt Erfolg: Mehr Mädchen als je zuvor gehen zur Schule. Dies wiederum wirkt sich positiv aus auf Beschäftigungsperspektiven, insbesondere von Frauen

und Mädchen. Die internationale Entwicklungszusammenarbeit hat in den vergangenen Jahrzehnten zudem dazu geführt, dass die Welt näher zusammengedrückt ist: Es sind gemeinsame Institutionen und langfristige Partnerschaften entstanden.

Die geopolitischen Veränderungen der jüngsten Zeit – und zuvor der Schock der Corona-Pandemie – haben eben diese Errungenschaften ins Wanken gebracht. Und auch die bislang erzielten Fortschritte können nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Weg zu einer nachhaltigen globalen Entwicklung noch weit ist. Dies bedeutet: Entwicklungspolitik wirkt, aber sie benötigt angesichts veränderter globaler Herausforderungen einen langen Atem. Dafür muss die Entwicklungspolitik auf die globalen Veränderungen reagieren können und sich entsprechend neu ausrichten.

Vor diesem Hintergrund markiert die Reform den Beginn einer neuen Phase der deutschen Entwicklungspolitik, die politisch steuert, klare Prioritäten setzt und gemeinsame Interessen mit Partnern definiert. Sie fügt sich damit eng in **einen kohärenten entwicklungs-, außen- und sicherheitspolitischen Ansatz der Bundesregierung** ein. Die deutsche Entwicklungspolitik bleibt verlässlicher Partner in einer Welt des Wandels – und Fundament für Sicherheit, Prosperität und Verantwortung im 21. Jahrhundert.

Die deutsche Entwicklungspolitik: Selbstverständnis und Leitbild

Die deutsche Entwicklungspolitik ist eine strategische Zukunftsinvestition. Sie verbindet die Prinzipien von Frieden, Freiheit und globaler Gerechtigkeit mit einem wertebasierten Ansatz und sucht dabei einen fairen Interessenausgleich mit den Partnerländern. Dabei stellt sie die Menschen, ihre Würde und den Schutz ihrer Lebensgrundlagen in den Mittelpunkt.

In Zeiten zunehmender nationalstaatlicher Alleingänge bekennt sich die deutsche Entwicklungspolitik ausdrücklich zum Multilateralismus und zu einer regelbasierten Ordnung. Die **UN-Zukunftscharta**, die **Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung** und das **Pariser Klimaabkommen** stellen die zentralen Bezugsrahmen für eine nachhaltige globale Entwicklungspolitik dar.

Die deutsche Entwicklungspolitik folgt einem klaren **Kompass**: Menschenrechte, Gleichberechtigung, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Leitplanken für eine global verantwortungsvolle Entwicklungspolitik. Menschenrechte sind die universelle Grundlage für ein Leben in Freiheit, Würde und Gleichberechtigung. Sie gewährleisten, dass alle Menschen am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben teilnehmen können.

Die Entwicklungspolitik bleibt feministisch. Sie setzt sich für die Rechte, den gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen und eine gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen und Mädchen sowie marginalisierten Bevölkerungsgruppen ein, auch auf internationaler Ebene. Frauen, Mädchen und marginalisierte Gruppen werden als zentrale Wissens- und Entscheidungsträger*innen einbezogen. Mit ihnen als *agents of change* wird Entwicklungspolitik wirksamer.

Die deutsche Entwicklungspolitik verfolgt den Anspruch, **koloniale Kontinuitäten zu erkennen und abzubauen**. Deutsche Entwicklungspolitik setzt sich für gleichberechtigte Partnerschaften im gegenseitigen Interesse und eine Stärkung der Stimmen des Globalen Südens auf internationaler Ebene ein.

Wichtige Grundlage für nachhaltige Entwicklung sind demokratische Regierungssysteme, gute Regierungsführung und eine starke Zivilgesellschaft. Deswegen

reagiert das **BMZ konsequent auf Autokratisierungstendenzen** in Partnerländern der Entwicklungspolitik und zieht klare politische Konsequenzen für eine Zusammenarbeit mit Regierungen, die ihre Legitimation verloren haben. Bei den entsprechenden Überlegungen steht im Mittelpunkt, die Grundversorgung für die Menschen so lange wie möglich aufrechtzuerhalten.

Entwicklungspolitik wird nicht nur durch staatliche Akteure getragen, sondern maßgeblich auch von Bürger*innen und **zivilgesellschaftlichen Organisationen** – in Deutschland und weltweit. Sie sind vielerorts die Triebkräfte des Wandels und diejenigen, die gesellschaftliches Engagement mobilisieren. **Lokale zivilgesellschaftliche Organisationen** verfügen über ein ausgeprägtes Verständnis und wichtiges Wissen zu den Herausforderungen vor Ort und sollen daher eine **stärkere Rolle in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit** spielen.

2. Vier Ziele des BMZ – Fokus und Profilschärfung

Vier übergeordnete Ziele bilden den Handlungsrahmen der deutschen staatlichen Entwicklungspolitik. Diese Ziele vereinen ein klares Bekenntnis zu einer wertebasierten Entwicklungspolitik mit einer interessengeleiteten strategischen Ausrichtung.

Sie spiegeln die vielfältigen Dimensionen von Entwicklungs herausforderungen in den BMZ-Partnerländern und auf globaler Ebene. Die aus den Zielen abgeleiteten Maßnahmen und Kooperationsangebote sind anschlussfähig an die individuellen Bedarfe der Partner und orientieren sich zugleich an globalen Handlungsrahmen und Initiativen.



ZIEL 1

Armut, Hunger und Ungleichheiten überwinden sowie Rechtsstaatlichkeit und zivilgesellschaftliche Räume schützen

Entwicklungspolitische Herausforderungen

Jeder Mensch hat das Recht auf ein Leben in Würde. Trotz langjähriger Anstrengungen und aufgrund multipler Krisen lebt weltweit aber noch immer **jeder zehnte Mensch in absoluter Armut**. In vielen Ländern geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Armut bedeutet **Verletzung von Menschenrechten** und verhindert, dass Menschen ihr Potential ausschöpfen können – für sich und die Gesellschaft. Hohe Ungleichheit schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt, untergräbt Demokratie, fördert Konflikte, begünstigt Korruption und Instabilität und bremst Wirtschaftswachstum.

Die **Herausforderungen** rund um Armut, Hunger und Ungleichheiten sind vielfältig: So haben weltweit über 2 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem

Trinkwasser, 3,6 Milliarden Menschen leben ohne angemessene Sanitärversorgung. Defizite in der Wasser- und Sanitärversorgung schwächen Ernährungssicherheit und erhöhen die Risiken für Krankheiten. Hinzu kommt der enge Zusammenhang zwischen Wasser, Klimawandel und Fragilität. Der Klimawandel verschärft die Situation in Regionen mit knappen Wasserressourcen noch zusätzlich, zum Beispiel im Nahen Osten. Bereits heute sind fast alle Länder der MENA-Region von akuter Wasserknappheit betroffen. Dürren, die Versalzung von Böden und Extremwetterereignisse beeinträchtigen die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen und wirken als Brandbeschleuniger in fragilen Situationen. Wo Wasserknappheit auf ohnehin schon schwache Strukturen stößt, können Wasserkrisen Stabilität und Frieden gefährden.

Auch der Zugang zu Nahrungsmitteln ist eine hohe entwicklungspolitische Herausforderung: 2,4 Milliarden Menschen haben keinen regelmäßigen Zugang zu Nahrungsmitteln, was neben den individuellen gesundheitlichen Auswirkungen auch schwerwiegende Folgen für Bildungschancen und Gesundheits- und Sozialsysteme hat. Über 250 Millionen Kinder und Jugendliche haben keinen Zugang zu Bildung – in einigen Ländern jedes dritte Kind.

Zudem geraten Demokratien als Gesellschaftsmodell, Menschenrechte und zivilgesellschaftliche Räume massiv unter Druck durch weltweit autoritäre Tendenzen und wachsenden Populismus – verstärkt durch Desinformation. Die Welt erlebt derzeit die stärkste Autokratisierungswelle seit Beginn des 20. Jahrhunderts. Knapp drei Viertel der Weltbevölkerung leben in einer Form von Autokratie, Tendenz stetig steigend. In 117 Staaten ist der Raum für Zivilgesellschaft beschränkt, unterdrückt oder geschlossen. Nur gut drei Prozent der Weltbevölkerung leben in Staaten mit uneingeschränkten zivilgesellschaftlichen Freiheiten, die die Menschenrechte voll respektieren und schützen. Das ist eine massive Herausforderung für steigende Ungleichheit weltweit.

Entwicklungspolitische Antworten

Armut, Hunger und Ungleichheiten sind keine Naturgesetze und können überwunden werden – dies ist Kernaufgabe des BMZ, nicht nur als Teil einer solidarischen und wertegeleiteten Entwicklungspolitik, sondern auch im Interesse Deutschlands. Die Überwindung von Armut, Hunger und Ungleichheit trägt dazu bei, Konflikten und Terrorismus den Nährboden zu entziehen – sie verbindet daher Entwicklungs-, Menschenrechts- und Sicherheitspolitik. Dabei nimmt das BMZ Partnerregierungen beim Abbau von Ungleichheiten und Überwindung von Armut und Hunger und in der Sicherstellung von Daseinsvorsorge in die Verantwortung.

Gemeinsam mit den Partnerländern und multilateralen Organisationen fördert das BMZ den gleichberechtigten Zugang zu Bildung, zum formellen Arbeitsmarkt und zu menschenwürdiger Arbeit oder zu Gesundheitsdienstleistungen. Für die Überwindung von Hunger sind gesunde Ernährung und der Aufbau einer nachhaltigen, produktiven Landwirtschaft zentral. Die deutsche Entwicklungspolitik spielt global eine Vorreiterrolle bei Investitionen im Wassersektor. Dazu zählen die Finanzierung von Wasser- und Abwasserinfrastruktur, der Schutz von Grundwasser und technische Lösungen zur Reduzierung von Wasserverlusten sowie die Unterstützung von Bewässerung in der Landwirtschaft. Durch die Förderung von grenzüberschreitendem Wassermanagement leistet die deutsche Entwicklungspolitik nicht nur einen wichtigen Beitrag für den Erhalt von Wasserressourcen und Ökosystemen, sondern trägt auch zur Prävention von gewaltsamen Konflikten und zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ganzer Regionen bei. Dabei nimmt die deutsche Entwicklungspolitik insbesondere auch die Auswirkungen des Klimawandels auf Wasserressourcen in den Blick und unterstützt Partnerländer dabei, vorausschauende Lösungen zu entwickeln.

Das BMZ engagiert sich für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie den Schutz zivilgesellschaftlicher Räume weltweit, denn demokratische, rechtsstaatliche und gleichberechtigte Gesellschaften sind essentiell für die Überwindung globaler Ungleichheiten und den Aufbau starker und widerstandsfähiger Gesellschaften. Dazu zählen auch der Aufbau gerechter Steuersysteme, der Kampf gegen Korruption und klare Konsequenzen, wenn Partnerstaaten des BMZ einen autokratischen Kurs einschlagen.

Die deutsche Entwicklungspolitik hat zum Ziel, Armut, Hunger und Ungleichheiten zu überwinden und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu schützen.

Im Rahmen der BMZ-Reform werden zur Erreichung dieses Ziels insbesondere folgende Punkte angepasst:

- **Ernährungssicherung und Hungerbekämpfung:** Das BMZ fokussiert die Unterstützung für Ernährungssicherung künftig auf die **Partnerländer in Afrika. Schulernährungsprogramme** als effektives Instrument für sowohl gesunde Ernährung als auch Zugang zu Schulbildung werden verstärkt. Die bilaterale Zusammenarbeit zu Ernährungssicherung außerhalb der genannten Fokusregion wird beendet.
- Das BMZ wird die Themen Überwindung von Armut und Hunger stärker im Haushalt abbilden. Vor diesem Hintergrund wird die **Sonderinitiative Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme** zu einem dauerhaften Haushaltstitel weiterentwickelt und verstetigt, der auf die Zusammenarbeit mit multilateralen Partnern und internationalen Initiativen ausgerichtet wird.
- **Zugang zu sauberem Wasser, Wassersicherheit und -management und Bewässerung stärken:** BMZ stärkt sein Engagement im Bereich Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene sowie Bewässerung als sektorübergreifendes Thema. Neben dem Zugang zu sauberem Wasser steht integriertes Wasserressourcenmanagement im Zentrum des Engagements. Die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor im Wassersektor wird vertieft. Das BMZ entwickelt seine Ansätze zur Bewässerung in der Landwirtschaft in enger Verzahnung mit dem Thema Ernährungssicherheit und Klima zielgerichtet und innovativ weiter (Nexus Wasser-Klima-Ernährung). Die Zusammenarbeit im Bereich Bewässerung wird auf Afrika und den Nahen Osten regional fokussiert.

- **Bildung:** BMZ setzt sein Engagement im Bereich **Grundbildung multilateral** um. Zentrale Partner sind hier die Initiative *Education Cannot Wait* (ECW) und die *Global Partnership for Education*. Im Bereich der **Hochschulbildung und Forschung** konzentriert sich das BMZ auf die Förderung der Programme des Deutschen Akademischen Austauschdiensts (DAAD) und der Alexander-von-Humboldt-Stiftung. Die bilaterale Zusammenarbeit zu Hochschulbildung wird beendet.
- **Schutz von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Schutz zivilgesellschaftlicher Räume:** Zentraler Ausdruck von Autokratisierung sind starke Machtungleichheiten und schrumpfende zivilgesellschaftliche Handlungsräume (*shrinking spaces*). Diese verfestigen gesellschaftliche Ungleichheiten. Daher wird **zivilgesellschaftliches Engagement im Kontext von *shrinking spaces* vom BMZ künftig noch stärker gefördert**, um für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einzustehen und zivilgesellschaftliche Räume sowie das Engagement gegen Desinformation zu fördern. Eine wichtige Grundlage für resiliente Demokratien sind zudem gerechte Steuersysteme, die Bekämpfung von Korruption und von illegalen Finanzströmen. Das BMZ bleibt daher stark in seinem Engagement in diesen Bereichen. Dabei spielen auch die politischen Stiftungen weiterhin eine starke Rolle.

ZIEL 2 Frieden und Stabilität – nachhaltig Sicherheit fördern

Entwicklungspolitische Herausforderungen

Die deutsche und europäische Sicherheit ist heute so stark bedroht wie seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr. Es liegt im Sicherheitsinteresse Deutschlands und Europas, die gesellschaftliche Resilienz und menschliche Sicherheit auch in anderen Ländern zu stärken, um Krisen zu begegnen und Konflikte zu vermeiden. Zugleich müssen Deutschland und Europa in der Lage sein, Sicherheit deutlich umfassender selbst zu gewährleisten. **Die deutsche Entwicklungspolitik wird daher stärker sicherheitspolitisch ausgerichtet – ohne ihren zivilen Charakter zu verlieren.** Eine zukunftsfähige deutsche Politik für Frieden und Sicherheit basiert

auf drei komplementären Säulen: langfristig wirkende Entwicklungspolitik, militärische Verteidigung und Diplomatie. **Vorsorge ist dabei kostengünstiger als die akute Hilfe in Reaktion auf eine Krise** – das BMZ setzt einen verstärkten Fokus auf Prävention und handelt vorausschauend und strategisch.

Mitte 2025 waren laut Schätzungen des VN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR rund 120 Millionen Menschen auf der Flucht. Etwa die Hälfte sind Binnenvertriebene. Insgesamt werden zwei Drittel der Menschen auf der Flucht in Nachbarländern der Region aufgenommen, die teilweise selbst kaum Ressourcen haben und keine ausreichende Versorgung sicherstellen können. Dies trägt zu Ressourcenkonflikten und weiterer Destabilisierung bei und erhöht den Druck zur gefährlichen Weiterflucht. Fragilität ist die ungünstige Kombination aus Risiken einerseits, die sich meist noch gegenseitig verstärken, und einer unzureichenden Resilienz andererseits, sprich wenig Ressourcen, diesen Risiken zu begegnen. **Die geopolitischen Veränderungen haben zu einer zunehmenden Fragilität geführt – Regionen, Länder und Menschen sind in der Folge von zunehmenden und länger anhaltenden Konflikten betroffen.** Zwei Milliarden Menschen leben in fragilen Kontexten – das entspricht einem Viertel der Menschheit, die allerdings über 70 Prozent der extrem Armen in der Welt ausmachen (OECD State of Fragility Bericht 2025).

Entwicklungspolitische Antworten

Die deutsche Entwicklungspolitik adressiert mit **Krisenprävention und Konfliktbearbeitung strukturelle Ursachen von Fragilität, um neue Krisen zu verhindern und bestehende zu entschärfen.** Sie beteiligt sich am Wiederaufbau und unterstützt Länder und Gemeinden in den Partnerregionen, Geflüchtete aufzunehmen und zu versorgen. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit bietet Menschen Perspektiven und Chancen vor Ort. Damit trägt die Entwicklungspolitik entscheidend zur Krisenfrüherkennung und strategischen Vorausschau bei.

Das BMZ verbindet **als Alleinstellungsmerkmal kurzfristige Krisenreaktion mit langfristigem Wiederaufbau** und geht diese Aufgabe im Schulterschluss mit der EU und internationalen Partnern, wie den Vereinten Nationen, der Weltbank und regionalen Entwicklungsbanken, aber auch neuen Gebern, an. Dabei wird Wiederaufbau als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden. Beim Wiederaufbau bindet das BMZ lokale

Akteure aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und, wie etwa im Falle von Syrien und der Ukraine, die in Deutschland lebende Diaspora ein.

Wiederaufbau ist die Voraussetzung für eine Rückkehr und ein friedliches Leben aller Bevölkerungsgruppen: Kurzfristig über die Versorgung der Bevölkerung vor Ort mit dem Nötigsten. Mittelfristig über den Wiederaufbau einer resilienten Infrastruktur. Langfristig für Partnerschaften im gegenseitigen Interesse. **Wiederaufbau schafft wirtschaftliche Möglichkeiten für die Bevölkerung und die lokale Wirtschaft als auch für deutsche Unternehmen**, insbesondere in den Bereichen Bau, Infrastruktur, Technologie und Dienstleistungen. Aus- und Weiterbildung führen oft zu langfristigen, vertrauensvollen Beziehungen. Die Förderung lokaler Märkte, Beschäftigung und privater Investitionen ist ein zentraler Stabilitätsfaktor und muss eng mit sozialem Wiederaufbau und Friedensförderung verzahnt werden.

Das BMZ ist das Wiederaufbau-Ministerium. Die langjährige Erfahrung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit bietet die Grundlage für einen wirksamen Wiederaufbau: Denn Wiederaufbau braucht flexible Instrumente, exzellente Vor-Ort-Kenntnis sowie kurzfristig sichtbare Erfolge mit dem nötigen langen Atem für echten nachhaltigen Wiederaufbau der Strukturen (*capacity development*). Das ist in Deutschlands bestem Interesse – für Deutschlands Sicherheit, für wirtschaftliche Beziehungen, und Perspektiven der Menschen in Krisenregionen.

Damit wird die Entwicklungspolitik zum integralen Bestandteil deutscher Sicherheitsarchitektur und des Nationalen Sicherheitsrats – präventiv, stabilisierend und langfristig angelegt.

Die deutsche Entwicklungspolitik hat zum Ziel, Krisen vorzubeugen, menschliche Sicherheit zu fördern und den Wiederaufbau zu unterstützen.

Im Rahmen der BMZ-Reform werden zur Erreichung dieses Ziel insbesondere folgende Punkte angepasst:

- **Regionaler Fokus** des BMZ-Engagements auf die EU-Nachbarschaft, Nordafrika und Nahost (MENA), Sahel und das Horn von Afrika. Dafür wird das BMZ entsprechende Regionalstrategien erarbeiten. Das Engagement in diesem Kontext wird in Asien und Lateinamerika beendet.
- Das BMZ wird das Thema Flucht und Unterstützung von Aufnahmeländern stärker im Haushalt abbilden. Die **Sonderinitiative Geflüchtete und Aufnahmeländer** (SI GA) wird in diesem Kontext verstetigt.
- **Wiederaufbau in Post-Konflikt-Situationen verstärken:** Die deutsche Entwicklungspolitik konzentriert sich auf den Wiederaufbau in Syrien, Ukraine und perspektivisch in Gaza. Die deutsche Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie Kommunen werden über digitale Plattformen und gezielte Formate (Runde Tische) einbezogen.
- Das BMZ **konzentriert sich auf die zentralen Fluchtursachen wie Krieg, bewaffneter Konflikt und gewaltsame Vertreibung.** Im Fokus steht die Unterstützung von Geflüchteten und Binnenvertriebenen und von Aufnahmeländern.
- **Soziale Sicherung** ist ein zentrales Element, um Krisenregionen zu stabilisieren. Die Investitionen des BMZ in soziale Sicherung werden künftig ebenfalls auf die genannten Fokusregionen konzentriert. Das BMZ-Engagement für soziale Sicherung in anderen Weltregionen wird beendet.

- Das BMZ schafft eine **neue Arbeitseinheit, die Analyse und strategische Vorausschau (inklusive Krisenfrüherkennung)** bündelt. Ein Analyse-Hub wird mittelfristig für das BMZ moderne, aktuellere und nutzerfreundlichere Analysen sowie Trendvorausschau zur Verfügung stellen. Hierzu sollen digitale Lösungen und künstliche Intelligenz zum Einsatz kommen.
- **BMZ-Analyseinstrumente werden gestrafft:** Die bisherigen Analyseinstrumente sind in ihrer Statik und ihrem Erfassungsaufwand nicht mehr zeitgemäß und werden deswegen gestrafft.
- Das BMZ setzt sich gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt (AA) und dem Verteidigungsministerium (BMVg) sowie weiteren Interessierten für die **Weiterentwicklung ressortgemeinsamer Analysen und eine abgestimmte Planung** ein. Ein strategischer Personalaustausch mit BMVg und AA stellt die Grundlage dafür dar, einen integrierten Ansatz ambitioniert umzusetzen.
- Zivilgesellschaftliche Organisationen spielen auch weiterhin eine zentrale Rolle bei der Umsetzung des entwicklungspolitischen Krisenengagements. Neu ist, **dass das BMZ noch viel stärker mit lokalen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zusammenarbeitet**, insbesondere auch mit NGOs, die von Geflüchteten geführt werden. Damit wird das Ziel verfolgt, über Ansätze, die nah an der Zielgruppe sind, Mittel besonders wirksam einzusetzen.

ZIEL 3

Wirtschaftliche Zusammenarbeit für nachhaltiges und gerechtes Wachstum ermöglichen

Entwicklungspolitische Herausforderungen

Viele Länder des Globalen Südens sehen sich konfrontiert mit **steigender Verschuldung und einem Mangel an Investitionen, Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten**. Protektionistische Tendenzen bedrohen **internationalen Handel und Wertschöpfung** und schränken den politischen und ökonomischen

Spielraum vieler Länder ein. Ohne nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum und ein gerechtes Handelssystem wird jedoch die **Wohlstands- und Einkommenslücke** weder innerhalb noch zwischen den Ländern des Globalen Südens und dem Globalen Norden geschlossen und sind die nachhaltigen Entwicklungsziele nicht zu erreichen.

Rund 20 Prozent der **jungen Menschen weltweit** gehen weder einer Beschäftigung noch einer Ausbildung nach, Frauen sind **doppelt so stark** betroffen wie Männer. Zugleich besteht in vielen Ländern ein **Mangel an qualifizierten Arbeitskräften**. In Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen sind bis 2030 geschätzt **zusätzliche Investitionen von jährlich 1,5 bis 2,7 Billionen US-Dollar** erforderlich, um die Nachhaltigkeits- und Klimaziele zu erreichen. Häufig verhindern jedoch **schwache staatliche Institutionen, Korruption und politische Instabilität** Investitionen und damit nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.

Damit Unternehmen wachsen, investieren, Arbeitsplätze schaffen und Steuern zahlen können, braucht es einen **handlungsfähigen Staat, der Zugang zu Infrastruktur, Finanzierungs- und Unterstützungsangeboten sowie Rechtssicherheit** gewährleistet, und ein **Steuersystem**, das Einnahmen auf effiziente und faire Weise generiert und nachhaltige Investitionen ermöglicht.

In vielen Ländern des Globalen Südens besteht zudem ein **erhebliches Defizit an grundlegender Infrastruktur**. Weltweit haben zum Beispiel über 700 Millionen Menschen keinen **Zugang zu Elektrizität** und es fehlt an Kapazitäten, um den steigenden Energiebedarf nachhaltig und verlässlich zu decken. **Hohe Urbanisierungsraten** erfordern insbesondere den Aus- und Aufbau nachhaltiger und moderner Infrastruktur.

Der Rohstoffsektor ist in vielen Ländern eine zentrale Quelle für Beschäftigung, lokale Wertschöpfung sowie Export- und Staatseinnahmen. Der Abbau birgt jedoch **soziale, ökologische und unternehmerische Risiken**. Daneben sind viele Länder des Globalen Südens mit **unzureichender wirtschaftlicher Diversifizierung und lokaler Produktion** konfrontiert, was die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze und die Integration in globale Wertschöpfungsketten erschwert.

Entwicklungspolitische Antworten

Wirtschaftliches Wachstum ist wesentliche Grundlage für Wohlstand, soziale Sicherheit und eine nachhaltige, gerechte und friedliche Entwicklung. Das BMZ schafft mit seinem entwicklungspolitischen Engagement die Rahmenbedingungen für **entwicklungsförderliches privatwirtschaftliches Engagement, gerechte Handelsbeziehungen, Wertschöpfung vor Ort und damit für breitenwirksames Wachstum in den Partnerländern**. Dazu zählt auch die Schaffung guter Beschäftigung und die berufliche Aus- und Weiterbildung sowie die Finanzierung moderner Infrastruktur, insbesondere der Ausbau der Versorgung mit erneuerbaren Energien.

Deutschland ist als Export- und Industrienation auf verlässliche Partnerschaften sowie diversifizierte und resiliente **Lieferketten und Absatzmärkte** angewiesen, hier gewinnen Entwicklungs- und Schwellenländer noch mehr an Bedeutung. Entwicklungspolitik bietet – anders als reine Außenwirtschaftsförderung – **konkrete Anknüpfungspunkte für das Engagement deutscher Unternehmen**. Dafür werden **Querverbindungen zwischen genuin entwicklungspolitischen Maßnahmen** in Bereichen wie Wasser, Gesundheit, Stadtentwicklung, Energie oder Mobilität mit wirtschaftlicher Zusammenarbeit in Wert gesetzt. Damit begleitet das BMZ seine Partner zugleich beim Wandel von „Werkbänken der Welt“ und Rohstofflieferanten zu **Innovationszentren bei Zukunftsthemen**.

Durch Unterstützung bei der **Einhaltung von Standards und gesetzlichen Regularien entlang von Lieferketten** wird die Grundlage für langfristige, nachhaltige und gerechte Handelsbeziehungen gelegt. Der Schlüssel zum Erfolg in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit liegt in der **Einbindung von Wirtschaftakteuren, von Gewerkschaften und anderen Interessensvertretungen und ihrer Expertise** – als Impulsgeber, Zulieferer oder Abnehmer und als Produzenten oder Dienstleister.

Die deutsche Entwicklungspolitik hat zum Ziel, mit wirtschaftlicher Zusammenarbeit nachhaltiges und gerechtes Wachstum zu ermöglichen.

Im Rahmen der BMZ-Reform werden zur Erreichung dieses Ziel insbesondere folgende Punkte angepasst:

- Der **BMZ-Aktionsplan *Starke Partnerschaften für eine erfolgreiche Wirtschaft weltweit*** bildet den Rahmen für die Umsetzung des BMZ-Engagements zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit.
- **Dialog und Vernetzung** von Wirtschaftsakteuren und Politik stehen im Zentrum der Zusammenarbeit. Das BMZ setzt sich für den Abbau struktureller Hemmnisse für die **deutsche und europäische Wirtschaft bei Ausschreibungen der Entwicklungszusammenarbeit** ein, auch bei multilateralen Partnern.
- In der Konzeption von Vorhaben wird das BMZ die **Potentiale für die deutsche und europäische Wirtschaft konsequenter mitdenken, sie einbeziehen und gemeinsam konkrete Initiativen entwickeln**. Der Fokus liegt auf Wachstums- und Zukunftsbranchen wie der Gesundheits-, Wasser- oder Kreislaufwirtschaft, erneuerbaren Energien, Stadtentwicklung und Mobilität.
- Das BMZ stärkt seine Unterstützung für **nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und lokale Wertschöpfung** mit der gezielten Förderung von Unternehmensökosystemen. Partnerländer werden gezielt bei der **Umsetzung und Einhaltung von Menschenrechts-, Sozial- und Umweltstandards** unterstützt. Dies stärkt ihre Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz, verbessert das Investitionsklima und erleichtert den Marktzugang für deutsche Unternehmen.
- Neuer Ansatz bei **Berufsbildung**: Der Aufbau **hochwertiger, praxisnaher Berufsbildung** ist Kernkompetenz der deutschen EZ. Berufsbildung, Fachkräftegewinnung, gute Beschäftigung und Privatsektorentwicklung werden stärker in einem integrierten Ansatz zusammengedacht.
- Das BMZ unterstützt die Wirtschaft noch zielgerichteter dabei, die Potenziale **fairer Arbeits- und Ausbildungsmigration** zu nutzen. Marktbasierte Ansätze und die Kooperation mit der Privatwirtschaft stehen dabei im Zentrum.

- Im **Energiebereich** richtet das BMZ sein Engagement auf die Unterstützung der **sozial gerechten Energiewende** und **nachhaltigen Deckung des steigenden Energiebedarfs** aus. Dabei liegt das Hauptaugenmerk auf regionalen Vorhaben zum Aufbau moderner Energiesysteme.
- Unterstützung beim nachhaltigen Abbau und bei der Versorgung mit Rohstoffen wird auf **kritische und strategische Rohstoffe für die grüne Transformation** fokussiert. Dies trägt zur Versorgungssicherheit, Steigerung von Eigeneinnahmen, lokaler Wertschöpfung sowie zu nachhaltigen Lieferketten bei. Die bilaterale Zusammenarbeit zu nicht-kritischen Rohstoffen wird beendet.
- Das BMZ richtet sein **Engagement im Handelsbereich** stärker auf regionale wirtschaftliche Integration sowie die Begleitung von Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten aus.
- Die Gestaltung von **Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wirtschaften, Handel und Investitionen** wird weiter ausgebaut. Der *Compact with Africa* (CwA) wird als Leitinitiative zur Verbesserung von Investitionsbedingungen gestärkt. Das BMZ übernimmt mit dem BMF die Ko-Federführung für den CwA.
- Das BMZ baut seine **Beratungs-, Finanzierungs- und Absicherungsinstrumente** für exportorientierte und investitionsbereite Unternehmen aus. Die BMZ-Instrumente ergänzen die klassische Außenwirtschaftsförderung. Der Fokus liegt auf Unterstützung des **Mittelstands und des Engagements in risikoreicheren Kontexten**.
- **Digitalisierung und KI werden als Erfolgsfaktoren für nachhaltige Entwicklung** in Konzeption und Umsetzung bilateraler Vorhaben integriert. Ein Schwerpunkt liegt auf der digitalen Transformation der Wirtschaft und dem Einsatz digitaler Technologien.

ZIEL 4

Strategische Allianzen für globale Lösungen und das multilaterale System stärken

Entwicklungspolitische Herausforderungen

Die Bewältigung **globaler Herausforderungen, wie Klimawandel, Pandemien und Konflikte, ist eine Überlebensfrage der Menschheit** und Voraussetzung für Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und Sicherheit in Deutschland und weltweit. **Länder im Globalen Süden sind oftmals besonders von diesen Herausforderungen betroffen wie zum Beispiel von den Auswirkungen des Klimawandels.** Kein Land ist in der Lage, diese Herausforderungen alleine zu lösen. Hierfür braucht es eine effiziente internationale Zusammenarbeit und strategische Allianzen.

Multilaterale Organisationen im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen und die multilateralen Entwicklungsbanken sind unverzichtbar, um grenzüberschreitende Lösungen voranzubringen. Ihre Handlungsfähigkeit und Legitimität wird jedoch in Folge von Mittelkürzungen und nationalstaatlichen Alleingängen in Frage gestellt wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Für viele Entwicklungsländer kommt mit ihrer **hohen Staatsverschuldung ein weiteres Entwicklungshemmnis** hinzu. Der hohe Schuldendienst und eine geringe Kreditwürdigkeit engen den finanziellen Handlungsspielraum für dringend benötigte Zukunftsinvestitionen in die soziale, wirtschaftliche und ökologische Entwicklung ein.

Fehlende Finanzmittel für die Vorsorge – gleich ob Klimaanpassung, Pandemie- und Krisenprävention sowie Schutz von Biodiversität – erhöhen die Folgekosten in der Nachsorge.

Entwicklungspolitische Antworten

Globale Herausforderungen lassen sich nur als weltweite Solidargemeinschaft lösen. Die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit und des multilateralen Entwicklungssystems sind daher erklärte Ziele des Reformprozesses. Dabei ist die deutsche

Entwicklungspolitik unverrückbar in der EU und im multilateralen System verankert.

Wenn Deutschland seine Interessen in der Welt effektiv verteidigen und zur Lösung der großen Herausforderungen beitragen möchte, ist es mehr denn je auf strategische Partnerschaften angewiesen. Dazu zählt auch, dass Länder des **Globalen Südens sehr viel stärker eine Stimme im multilateralen System erhalten und bei dessen Reform eine zentrale Rolle spielen.**

Um diese Ziele voranzubringen, bringt das BMZ eine **Entwicklungspolitische Nord-Süd-Kommission** auf den Weg. Dieser kommt für die Ausgestaltung einer zukunftsfähigen Entwicklungspolitik, die Erarbeitung gemeinsamer Lösungen für globale Herausforderungen und die Diskussionen um ein ambitioniertes Post-Agenda-2030-Rahmenwerk eine Schlüsselrolle zu. Die **Hamburg Sustainability Conference (HSC)** wird als zentrale Austauschplattform von Entscheidungsträger*innen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen zu globalen entwicklungspolitischen Herausforderungen genutzt.

Mit der Reform schafft das BMZ **die Voraussetzungen dafür, das gemeinsame Wirken der bilateralen mit der europäischen und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit zu verstärken und – damit einhergehend – ihre Kohärenz zu verbessern.** Hierfür wird das BMZ das Profil seiner Zusammenarbeit mit den einzelnen Institutionen klarer fassen, zum Beispiel über thematische und regionale Schwerpunkte der Zusammenarbeit. Ein Schwerpunkt wird die Zusammenarbeit zum Schutz und zur Bereitstellung Globaler Öffentlicher Güter wie Klima, Biodiversität und Gesundheit sein.

Das BMZ setzt sich darüber hinaus für effiziente und nachhaltige Schuldenrestrukturierungen im G20-Rahmen unter gleichwertiger Einbeziehung privater Gläubiger ein. Denn eine nachhaltige Verschuldung ist ein zentraler Rahmen für eine erfolgreiche Entwicklungspolitik.

Die deutsche Entwicklungspolitik hat zum Ziel, das multilaterale System zu stärken, globale öffentliche Güter zu schützen und globale Allianzen zu grenzüberschreitenden Herausforderungen voranzubringen.

Im Rahmen der BMZ-Reform werden zur Erreichung dieses Ziels insbesondere folgende Punkte angepasst:

- **Ein effizientes multilaterales Entwicklungssystem:** Das BMZ wird sich für ambitionierte Reformen der multilateralen Entwicklungsarchitektur einsetzen, insbesondere im Rahmen der Vereinten Nationen, der OECD und der Multilateralen Entwicklungsbanken. Ziele sind die Erhöhung ihrer Effizienz und Wirksamkeit, unter anderem über eine bessere Zusammenarbeit der Multilateralen Entwicklungsbanken („MDBs as a system“).
- **Fokussierte multilaterale Zusammenarbeit und anreizbasierte Förderung:** Das BMZ wird seine Zusammenarbeit auf diejenigen multilateralen Partner (Initiativen, Fonds und Organisationen) konzentrieren, die ihre Reformbereitschaft unter Beweis stellen (Reform Champions) und den größten Mehrwert für Deutschland und das Entwicklungssystem haben. Dabei stellen zweckgebundene Beiträge ein wichtiges Steuerungsinstrument dar. Das BMZ wird in diesem Kontext auch die anteilige Erhöhung von Kernbeiträgen prüfen, mit dem Ziel, entwicklungspolitische Interessen Deutschlands zu stärken.
- **Auf- und Ausbau strategischer Allianzen:** Das BMZ baut sein Profil als Ministerium für Kooperation und Partnerschaften aus – weg von Projekten, hin zu strategischen Allianzen. Davon profitiert angesichts der geopolitischen Lage die gesamte Bundesregierung – aber auch die deutsche Wirtschaft. Neue Allianzen, zum Beispiel mit den Golfstaaten und weiteren wichtigen Partnern, bilden die Grundlage neuer Kooperationsmodelle der globalen Entwicklungspolitik und stärken die deutsche Führungsrolle im Dreiklang Entwicklung, Diplomatie, Verteidigung.

- **Internationale Finanzarchitektur und nachhaltige Entwicklungsfinanzierung:** Das BMZ wird sich weiterhin für eine gerechte und funktionsfähige internationale Finanzarchitektur einsetzen und den Ausbau innovativer Finanzierungsmodelle („beyond ODA“) fördern. Dabei wird das BMZ an seine Erfahrungen und sein Wissen aus der Arbeit in den Entwicklungsbanken, insbesondere aus der Weltbank-Reform, anknüpfen. Das BMZ wird der Hebelung öffentlicher Mittel zur Mobilisierung privaten Kapitals besondere Aufmerksamkeit widmen und dafür insbesondere das Potential von KfW und DEG in Wert setzen.
- **Strategische Zusammenarbeit mit Regionalorganisationen:** Regionalorganisationen spielen eine wichtige Rolle bei der globalen Allianzbildung und bei der Bearbeitung grenzüberschreitender Herausforderungen wie des Klimawandels, Pandemien, Sicherheitsfragen, regionaler wirtschaftlicher Integration und der Gestaltung einer gerechten Handelspolitik. Die Zusammenarbeit des BMZ mit Regionalorganisationen wird auf diese thematischen Herausforderungen fokussiert.
- **Stärkung der europäischen Zusammenarbeit:** Das BMZ nutzt, wo immer möglich, die komparativen Vorteile von europäischen Ansätzen. Dabei bleibt die bilaterale Programmierungslogik der deutschen Entwicklungszusammenarbeit erhalten. Das BMZ wird Ko-Finanzierungen mit der EU und/oder ihren Mitgliedsstaaten strategisch nutzen, um Sichtbarkeit und Wirkung zu erhöhen. Die Geberkoordinierung auf Hauptstadtebene und in den Partnerländern wird ausgebaut. Die Abstimmung mit zentralen europäischen Entwicklungspartnern im Sinne eines Team-Europe-Ansatzes wird künftig weiter intensiviert. Das BMZ setzt sich für eine entwicklungsorientierte Ausgestaltung der Global-Gateway-Initiativen der Europäischen Union ein.
- **Klima und Umwelt:** Der Klimabereich wird weiterhin mit allen zur Verfügung stehenden Instrumenten bearbeitet. Das BMZ setzt die Ziele des Pariser Klimaabkommens und des Globalen Biodiversitäts- und Waldschutzrahmens um, orientiert bilaterale und multilaterale Instrumente daran, mobilisiert die Wirtschaft und setzt innovative Finanzierungsinstrumente ein. Darüber hinaus wird sich das BMZ für eine Reform der globalen Klima- und Umweltarchitektur einsetzen und künftig die Beteiligung an Fonds und Plattformen im Klima- und Umweltbereich stärker anhand strategischer Kriterien priorisieren. Im Klima- und Umweltbereich strebt das BMZ eine klarere Arbeitsteilung mit dem Bundesministerium für Umwelt, Klima und Naturschutz (BMUKN) an.
- **Gesundheit:** Das BMZ wird sein **Engagement vor allem multilateral** umsetzen. Dabei stehen die Fonds im Fokus, die Infektionskrankheiten überwinden und Gesundheitssysteme stärken (Gavi, Globaler Fonds zur Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose, Global Polio Eradication Initiative), zur Pandemievorsorge beitragen (Pandemic Fund) und die körperliche Selbstbestimmung von Mädchen und Frauen stärken (Global Financing Facility, UNFPA, International Planned Parenthood Federation). Das BMZ wird sich zudem in **die Reform der globalen Gesundheitsarchitektur** einbringen, um Doppelstrukturen abzubauen und globale Gesundheit effektiver und resilienter zu gestalten. Die bilaterale Zusammenarbeit mit einzelnen Partnerländern im Gesundheitssektor wird grundsätzlich beendet.
- **Effektivere Abstimmung mit anderen Gebern, insbesondere mit der EU und den EU-Mitgliedsstaaten:** Das BMZ strebt grundsätzlich eine strategischere regionale und sektorale Arbeitsteilung mit anderen Gebern an. Dort wo sinnvoll wird das BMZ die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren, insbesondere gemeinsam mit der EU-Kommission und EU-Mitgliedsstaaten vorziehen, mit dem Ziel, Kosten zu teilen und Wirksamkeit zu erhöhen.

3. Die Partnerländer und das regionale Profil des BMZ

Das Partnerschaftsmodell des BMZ

Die Stärke des BMZ sind seine **vielfältigen, verlässlichen Partnerschaften** weltweit – mit Entwicklungsländern, mit multilateralen Organisationen und Allianzen, mit der EU und anderen Geberländern. Als Ergebnis des Reformprozesses wird dieses **globale Partnerschaftsmodell reformiert und an die veränderten geopolitischen Herausforderungen angepasst**. Dies betrifft insbesondere die künftige Zusammenarbeit des BMZ mit **aufstrebenden Volkswirtschaften (Schwellenländern)** sowie mit **Least Developed Countries**.

Das BMZ arbeitet weltweit mit **65 Partnerländern** bilateral zusammen. Diese Partnerschaften und das dahinter liegende Modell der bilateralen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit sind eine **Stärke der deutschen Entwicklungspolitik, die mit dem Ziel einer starken Kooperationspolitik erhalten und ausgebaut wird**. Eine partnerorientierte Entwicklungszusammenarbeit, welche die deutschen Interessen transparent benennt und die Interessen und Bedarfe der Partner zugleich ernst nimmt, ist Kernelement der deutschen Entwicklungspolitik und Grundvoraussetzung für Nachhaltigkeit. Darin **unterscheidet sich das Engagement Deutschlands fundamental vom Ansatz systemischer Wettbewerber**. Vom Aufbau langfristiger und verlässlicher Partnerschaften im Rahmen der Entwicklungspolitik profitieren alle – Staat, Wirtschaft und Gesellschaft – in Deutschland und den Partnerländern.

Dabei muss die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in ihrer Ausgestaltung flexibel und an den jeweiligen Länderkontext angepasst sein, denn die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Potenziale und Herausforderungen in den Partnerländern sind heterogen und vielschichtig. Das BMZ kann angesichts seiner instrumentellen Breite entsprechende passgenaue Angebote unterbreiten. **Kern dieses Modells ist die Unterstützung der Partnerländer beim Kapazitätsaufbau (capacity development) gepaart mit nachhaltigen und fairen Investitionen, unter anderem in Infrastruktur.**

Das **bisher geltende BMZ-Partnerschaftsmodell** mit seinen drei Länderkategorien (bilateraler Partner, Globale Partner, Nexus- und Friedenspartner) ist angesichts der neuen Herausforderungen zu statisch und **wird im Zuge der Reform abgeschafft**. Die Zusammenarbeit **mit allen aktuellen Partnerländern des BMZ wird fortgeführt, jedoch differenziert angepasst**. Zudem wird das BMZ sich von der Länderliste lösen, wenn eine Zusammenarbeit mit Ländern außerhalb der Länderliste die formulierten Ziele und Interessen der deutschen Entwicklungspolitik verstärkt. Dies wird in jedem Einzelfall geprüft.

Zusammenarbeit mit Least Developed Countries (LDC)

27 Partnerländer des BMZ sind Least Developed Countries. Sie stehen vor vielfältigen **Herausforderungen wie Armut, Hunger, Ungleichheit, Konflikten und Fragilität**. Der Klimawandel wirkt als Beschleuniger dieser Herausforderungen. Gleichzeitig sind viele Least Developed Countries **wichtige Stützen des Multilateralismus**, teilen zentrale Werte der deutschen Entwicklungspolitik und sind damit **strategische Partner des BMZ**, zum Beispiel bei der gemeinsamen Gestaltung einer regelbasierten multilateralen Ordnung oder beim Einsatz gegen den Klimawandel. Zudem sind diese Partnerländer auch zentral für die **globale wirtschaftliche Entwicklung** und wichtige Partner der deutschen Wirtschaft bei Diversifizierung von Lieferketten, Rohstoffen und Handelsbeziehungen.

Die Zusammenarbeit mit der Gruppe der Least Developed Countries ist daher nicht nur entwicklungspolitisch notwendig – sie ist geopolitisch und wirtschaftlich geboten. Das BMZ richtet seine **Zusammenarbeit mit LDCs deswegen auf folgende Prinzipien** aus.

Armut und Hunger überwinden: Die **Sonderinitiative Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme** wird zu einem dauerhaften Haushaltstitel weiterentwickelt und verstetigt, der auf die Zusammenarbeit mit multilateralen Partnern und internationalen Initiativen ausgerichtet wird.

- **Wertepartnerschaften zu Themen in beiderseitigem Interesse** voranbringen, zum Beispiel bei der UN-Reform oder beim Zurückdrängen autokratischer Tendenzen.
- **Lokale Wertschöpfung und wirtschaftliche Zusammenarbeit voranbringen**, zum Beispiel für nachhaltige Lieferketten oder Rohstoffpartnerschaften
- Die **Stimme von LDCs auf der globalen Bühne stärken** und diese bei der Lösung von globalen Zukunftsfragen an den Tisch zu bringen, unter anderem auch im Rahmen der Entwicklungspolitischen Nord-Süd-Kommission.

Insgesamt setzt sich das BMZ zum Ziel, **die Zusammenarbeit mit LDCs bis zum Ende der Legislatur substantiell zu stärken.**

Zusammenarbeit mit aufstrebenden Volkswirtschaften

Viele der BMZ-Partnerländer sind in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten wirtschaftlich stark gewachsen. **Unter den Partnerländern des BMZ zählen insbesondere Brasilien, Indien, Indonesien, Mexiko, Peru, Südafrika und Vietnam** zu dieser Gruppe. Diese schnell wachsenden Volkswirtschaften sind tief integriert in die Weltwirtschaft, oft wichtige Absatzmärkte für die deutsche und europäische Wirtschaft. Sie sind Exportnationen und spielen eine zentrale Rolle in globalen Wertschöpfungsketten. Auch auf der politischen und geostrategischen Bühne nehmen sie inzwischen eine sehr gewichtige Rolle ein. Das BMZ formuliert für die Zusammenarbeit mit aufstrebenden Volkswirtschaften klare Erwartungen. So können viele der globalen Herausforderungen wie Klimaschutz sowie eine sozial und ökologisch gerechte Energiewende nur gemeinsam effizient und erfolgreich angegangen werden. Die Zusammenarbeit mit **Schwellenländern** ist somit geostrategisch als auch entwicklungspolitisch zentral.

Das BMZ fokussiert seine Zusammenarbeit mit dieser Ländergruppe auf den **Schutz und die Bereitstellung der globalen öffentlichen Güter Klima und Umwelt** sowie auf **wirtschaftliche Zusammenarbeit**. Maßnahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit werden in einem integrierten, lokal angepassten, möglichst ressortübergreifenden Ansatz zusammengeführt und Wirtschaft in allen Kooperationsfeldern berücksichtigt. Viele aufstrebende Volkswirtschaften sind gleichzeitig nicht selten von hoher sozialer Ungleichheit geprägt. Das BMZ nimmt aufstrebende Volkswirtschaften in die Pflicht, hier stärker Verantwortung für die Überwindung von Armut und Ungleichheit ihrer eigenen Bürger*innen zu übernehmen und angemessene Eigenbeiträge zu leisten. **Das bedeutet, dass die finanzielle Zusammenarbeit künftig über zurückzuzahlende Kredite erfolgt.** Die technische Zusammenarbeit mit Schwellenländern wird zu den Themen Klima und Umwelt sowie zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit fortgeführt. Wirtschaftlich starke Partnerländer müssen sich dabei jedoch künftig stärker an der Finanzierung von Beratungsleistungen der technischen Zusammenarbeit beteiligen. Das BMZ wird die laufende Zusammenarbeit mit aufstrebenden Volkswirtschaften entsprechend überprüfen und anpassen, **Projekte außerhalb der genannten beiden Themenfelder werden geordnet beendet.** Die Expertise der Länder in entwicklungsrelevanten Bereichen werden stärker im Rahmen von Dreieckskooperationen in Wert gesetzt und anderen Partnerländern zugänglich gemacht.

Das BMZ behandelt China bereits seit 2010 nicht mehr als Entwicklungsland und fordert von China die Übernahme von Verantwortung im Rahmen der internationalen Ordnung sowie Beiträge zur Lösung globaler Probleme. Viele entwicklungspolitische Herausforderungen werden ohne die Mitwirkung Chinas nicht zu lösen sein. Das gilt zum Beispiel für den Klimaschutz und die Unterstützung armer Länder beim Umgang mit Klimaschäden sowie für Schuldenrestrukturierungen. China ist aktuell einer der größten Kreditgeber im Globalen Süden. Das BMZ bleibt im entwicklungspolitischen Dialog mit China zu Fragen, die im deutschen und europäischen Interesse liegen.

Das regionale Profil des BMZ

Afrika

Fokuskontinent der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Sahel und Horn von Afrika bei Fragen von Sicherheit und Stabilität prioritär

Afrika bleibt Fokuskontinent der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Ziel ist eine strategische Partnerschaftsarchitektur, die Stabilisierung, wirtschaftliche Transformation, Ernährungs- und Energiesicherheit miteinander verknüpft.

Bis Mitte dieses Jahrhunderts könnte Afrika rund zweieinhalb Milliarden Menschen zählen und ein Viertel der Weltbevölkerung stellen. Die Mittelschichten wachsen und mit ihnen die Erwartungen an wirtschaftliche Entwicklung und politische Teilhabe. Auch an natürlichen Ressourcen ist der Kontinent reich. Er verfügt über ein immenses Potenzial für erneuerbare Energien und landwirtschaftliche Produktion, über strategisch wichtige Rohstoffvorkommen und wachsende Absatzmärkte. Nicht zuletzt über die Afrikanische Union wächst Afrikas geopolitisches Gewicht in der Welt.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit muss mit ihren Instrumenten und Ansätzen diesem vielfältigen Bild Rechnung tragen. Orientierungsrahmen sind dabei die von der Afrikanischen Union und ihren Mitgliedsstaaten selbst gesetzten Entwicklungsziele.

Dabei stehen folgende Regionen besonders im Fokus:

- Der **Sahel** ist Epizentrum des dschihadistischen Terrorismus und umfasst Ziel-, Transit- und Herkunftsländer von Flucht und irregulärer Migration. Nährboden hierfür sind Perspektivlosigkeit der schnell wachsenden Bevölkerung und schwache staatliche Strukturen. Deutschland hat ein klares Interesse an Sicherheit und nachhaltiger Entwicklung im Sahel, auch um „Dominoeffekte“ auf die Küstenstaaten oder Nordafrika zu verhindern und die gefährliche Weiterflucht zu mindern. Dies sichert auch gute Investitionsbedingungen und Rohstoffzugänge in den

Küstenstaaten. Das BMZ wird sein Engagement in der Kernregion des Sahel (Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger, Tschad) und den angrenzenden Küstenländern (Golf von Guinea) deswegen noch stärker auf Stabilisierung ausrichten. Teil der entwicklungspolitischen Antwort ist es, strategischen Rivalen und anti-demokratischen Diskursen entgegenzutreten.

- Das **Horn von Afrika** ist weiterhin politisch hochgradig instabil. Die Region beherbergt rund 27 Millionen Geflüchtete und Binnenvertriebene, im Sudan besteht aktuell die größte humanitäre Krise der Welt. Zudem ist die Region besonders vom Klimawandel betroffen. Für Europa und Deutschland ist das Horn von Afrika durch seine strategische Lage am Roten Meer, durch das die wichtigste Wasserstraße zwischen Asien und Europa führt, und seine geografische Nähe bedeutsam. Das BMZ wird sein Engagement am Horn (Äthiopien, Somalia, Sudan, Südsudan, Kenia, Dschibuti) deswegen noch stärker auf Stabilisierung und wirtschaftliche Entwicklung ausrichten. Durch die Förderung von Wirtschaft, Handel, Infrastruktur sowie Ausbildung und Beschäftigung schafft das BMZ Perspektiven, besonders für die große Zahl junger Menschen.

Die Zusammenarbeit mit der **Afrikanischen Union (AU) und den afrikanischen Regionalorganisationen** ist ein zentraler Baustein der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf dem afrikanischen Kontinent. Die Regionalorganisationen spielen eine zentrale Rolle darin, Wachstum auf dem Kontinent zu erzeugen und damit nachhaltig Armut zu reduzieren und Perspektiven für die Jugend zu schaffen. **Die Umsetzung der afrikanischen Freihandelszone (AfCFTA) ist ein Schwerpunkt der Beziehungen mit der AU** und zentraler Baustein für die Stärkung des innerafrikanischen Handels und die Industrialisierung Afrikas. Die AU und die Regionalorganisationen sind zudem mit ihrem klaren Bekenntnis zu einer regelbasierten multilateralen Ordnung wichtige politische Partner von Deutschland auf dem Kontinent. Dem kommt in Zeiten einer Neuordnung des internationalen Systems, wachsender autokratischer Tendenzen und externer Einflussnahme eine umso größere Bedeutung zu. Vor dem Hintergrund des erstarkten Engagements systemischer Rivalen wie China, der Türkei, den Golfstaaten und Russland in Afrika, ist die strategische Kooperation Deutschlands mit der AU und den Regionalorganisationen auf dem Kontinent wichtiger als je zuvor.

Nordafrika und Nahost (MENA)

Besonderer Fokus auf die Themen Sicherheit, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Energie und Wasser sowie Wiederaufbau

Die MENA-Region (*Middle East and North Africa*) liegt in direkter Nachbarschaft der Europäischen Union. Insgesamt stehen in Nahost und Nordafrika die **menschliche Sicherheit sowie die Schaffung von Perspektiven für Jugendliche** im Fokus. Ferner trifft die Klimakrise die MENA-Region besonders hart. Bereits heute sind fast alle Länder der MENA-Region von akuter Wasserknappheit betroffen. Deswegen ist der Zugang zu sauberem Wasser und zu nachhaltiger Bewässerung ebenfalls ein Schwerpunkt des Engagements.

Die **nordafrikanischen Staaten** sind insbesondere für die Themen **wirtschaftliche Zusammenarbeit, Energie, europäische Sicherheit und Fragen von Flucht** und irregulärer Migration für Europa und Deutschland zentral.

Multiple Krisen wie gewaltsame Konflikte, Flucht, Wasserknappheit und hohe Jugendarbeitslosigkeit stellen den Nahen Osten vor große Herausforderungen. Umso wichtiger bleibt der Einsatz für **Frieden in Nahost**, wie zum Beispiel der **Neuanfang in Syrien** nach fast 14 Jahren Bürgerkrieg. Das BMZ unterstützt in Syrien den Aufbau eines Staates, der allen Bürger*innen Sicherheit, Freiheit und Grundrechte gewährleistet und trägt zum **Wiederaufbau in Syrien** bei. Des Weiteren engagiert sich das BMZ aktiv für die Vorbereitungen des **Wiederaufbaus in Gaza**.

Östliche EU-Nachbarschaft (Südost-, Osteuropa, Südkaukasus)

Besonderer Fokus auf die Themen EU-Annäherung, Stabilität und Wiederaufbau

Frieden und Stabilität in unserer unmittelbaren Nachbarschaft und eine klare Ausrichtung auf Europa sind für Deutschland und die EU von vitalem Interesse und zentral für die geopolitische Resilienz Europas. Wichtige Initiativen umfassen etwa die Energie- und Klimapartnerschaften und wirtschaftliche Zusammenarbeit. In Südost- und Osteuropa und dem Kaukasus geht es auch darum, ein Gegengewicht zum russischen Einfluss zu bilden. Die Unterstützung der **Ukraine** muss verlässlich und planbar gestaltet werden. Das BMZ kann hier maßgeblich zum Wiederaufbau und zu sozialer Kohäsion beitragen – das ist nicht nur für die Ukraine, die europäische Sicherheitsstruktur, sondern auch ganz konkret für die wirtschaftlichen und menschlichen Verbindungen zu Deutschland wichtig. Darüber hinaus stehen die Themen Verwaltungsreform und Korruptionsbekämpfung im Fokus.

Lateinamerika

Fokussierung der Zusammenarbeit auf Klima/Umwelt/sauberes Wasser sowie Wirtschaft und Schutz der Demokratie

Lateinamerika ist die **weltweit bedeutendste Region für den Biodiversitäts- und Waldschutz** – in Lateinamerika und der Karibik finden sich 40 Prozent der biologischen Vielfalt und 23 Prozent der globalen Waldfläche. Deswegen spielt der Schutz globaler öffentlicher Güter eine wichtige Rolle in und für die Region und Lateinamerika ist zentral für die grüne Transformation.

Die Region verfügt zudem über **enormes wirtschaftliches Potential** – fast alle Länder haben ein mittleres Einkommensniveau, aufstrebende Volkswirtschaften

wie Brasilien oder Mexiko sind wichtige Partner. Rohstoffpartnerschaften, nachhaltige Lieferketten und die Stärkung grüner Industrien stellen eine große Chance dar. Gleichzeitig weist die Region einen sehr hohen Grad an Ungleichheit auf und die demokratischen Systeme stehen teilweise unter Druck.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika und der Karibik wird als Ergebnis der Reform **inhaltlich stärker fokussiert**, die bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen gute Regierungsführung, der Schutz von Demokratie und nachhaltige wirtschaftliche Zusammenarbeit rücken stärker ins Zentrum. Als Ergebnis der Profilschärfung wird zudem ein verstärkter Fokus auf Klima und Umwelt in Lateinamerika gelegt.

Lateinamerikanische **Regionalorganisationen** bleiben wichtige Partner der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der Region. Die Zusammenarbeit fokussiert dabei auf regionale, länderübergreifende Problemstellungen und Herausforderungen (und die Förderung regionaler Integration).

Asien

Fokussierung der Zusammenarbeit auf Klima/Umwelt/sauberes Wasser sowie Wirtschaft und Schutz der Demokratie

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit auf dem asiatischen Kontinent mit seinen vielschichtigen sozialen, politischen und ökonomischen Kontexten **verknüpft Klima- und Umweltthemen mit Armuts- und Entwicklungsfragen**. Asien ist der **bevölkerungsreichste Kontinent und gehört zu den wirtschaftsstärksten Regionen der Welt**. Die Entwicklungszusammenarbeit mit Asien ist zentral für Lieferketten und bietet eine hohe Chance für Kooperationen zu Klima, Energie, Innovation und Rohstoffen.

Asien hat im globalen Vergleich überdurchschnittlich schnell steigende Treibhausgasemissionen – wenn auch bei teilweise niedrigem Pro-Kopf-Ausstoß – und gleichzeitig sind ein zunehmender Anteil und eine steigende Nachfrage nach erneuerbaren Energien zu verzeichnen.

Der steigende Energie- und Ressourcenbedarf, die rasche Urbanisierung, die Auswirkungen des Klimawandels und die Übernutzung von natürlichen Ressourcen belasten die Umwelt und verringern die biologische Vielfalt. Der wachsende Druck auf die begrenzten, natürlichen Ressourcen führt auch zu inner- und zwischenstaatlichen Nutzungskonflikten. Asien ist zudem eine Region, die beim Wettbewerb mit dem strategischen Rivalen China besonders im Fokus steht.

Das BMZ **fokussiert seine bilaterale Zusammenarbeit in Asien als Ergebnis der Profilschärfung auf Klima, Umwelt und sauberes Wasser, wirtschaftliche Zusammenarbeit und den Schutz demokratischer Strukturen**.

Das BMZ unterstützt **in Afghanistan** weiterhin regierungsferne und bevölkerungsnahe Projekte, die die Resilienz der Bevölkerung stärken und ihre Grundversorgung sichern. Ein besonderer Fokus bleibt auf Maßnahmen, die Frauen und Mädchen fördern, etwa durch Gesundheits- und Bildungsangebote, Einkommensmöglichkeiten und Programme zur Ernährungssicherung.

Das BMZ arbeitet in Asien mit zwei **Regionalorganisationen** zusammen: ASEAN (Verband Südostasiatischer Nationen) und Mekong River Commission (MRC). Diese Zusammenarbeit ist ausgerichtet auf grenzüberschreitende Herausforderungen, die sich nicht wirksam auf bilateraler Ebene lösen lassen.

4. Eine modernisierte Umsetzungsstruktur für die Entwicklungspolitik

Die Reform der deutschen Entwicklungspolitik wirkt neben einer strategischen Auseinandersetzung mit thematischen und regionalen Prioritäten auch **einen umfassenden Blick auf Verfahren, Instrumente und Prozesse. Mehr Effizienz, Bürokratieabbau, Komplexitätsreduktion und Klarheit in den Strukturen machen Ressourcen frei, die für politische Gestaltung und Steuerung** eingesetzt werden können – trotz sinkender Haushaltsmittel und vorgegebener Stelleninsparung. Dabei kommt dem konsequenten Einsatz digitaler Lösungen und innovativer Tools der Künstlichen Intelligenz besondere Bedeutung zu.

Die Planungsprozesse und Allokationsverfahren im BMZ sowie die politische Steuerung werden von den aktuellen geopolitischen Entwicklungen sowie zunehmender Systemkonkurrenz mit nicht-traditionellen Gebern herausgefordert. Diese erfordern **schnelle, flexible und angepasste Reaktionen der Entwicklungspolitik**. Gleichzeitig muss die Stärke der Entwicklungspolitik für langfristige Veränderungsprozesse, für Planbarkeit und für Verlässlichkeit der Partner erhalten bleiben. Damit wird die EZ spürbar administrativ entlastet und zugleich strategisch ausgerichtet: weniger Verwaltungslast, mehr politisch gesteuerte Wirkung.

Neues Zielsystem verstärkt politischen Steuerungsanspruch

Das BMZ stärkt seine politische und strategische Steuerung der Entwicklungspolitik. Hierfür werden die zentralen Strategiedokumente verschlankt, angepasst und gleichzeitig stärker partnerorientiert aufgestellt. Das BMZ entwickelt im Rahmen der Umsetzung der Reform ein **neues Steuerungsmodell mit klaren Zielvorgaben**, die die Umsetzung der politischen

Prioritäten verankern. Dieses folgt dem Grundsatz: so wenig Regularien wie möglich, so viele wie nötig.

Ziel ist es, bei der Steuerung die übergeordneten entwicklungspolitischen Prioritäten mit konkreten Zielformulierungen des BMZ zu verknüpfen. Die Reform schafft somit Transparenz über Rollen und Zuständigkeiten, bringt Kompetenz- und Entscheidungsverantwortung möglichst nah zusammen und trägt dazu bei, Verantwortung insgesamt stärker zu delegieren. Damit erreicht das BMZ mehr Effizienz und Wirkung und leistet einen Beitrag zum Bürokratieabbau.

Haushalt vereinfachen; Allokation politischer steuern

Der Schlüssel einer erfolgreichen Entwicklungspolitik liegt in der Fähigkeit, **zielgerichtet, passgenau und flexibel** auf sich bietende Opportunitäten und Anforderungen reagieren zu können.

Das BMZ verfügt mit seinem Haushalt über die notwendige **Flexibilität, um Partnerbedarfe, politische Schwerpunktsetzungen und sich ändernde Rahmenbedingungen** über unterschiedliche Instrumente sowie Durchführungsmodalitäten und -strukturen abzubilden. **Mit einer Vereinfachung und Vereinheitlichung der Titelstruktur sowie einer klareren Abgrenzung von Mandaten** lässt sich diese Flexibilität und Wirkkraft noch stärker in Wert zu setzen. Zudem bieten **Umstrukturierungen und Vereinfachungen von Verfahren im Zusage-, Beauftragungs- und Umsetzungsprozess** erhebliches Potential für Effizienz- und Wirksamkeitssteigerungen sowie für eine Erhöhung der Flexibilität und Strategiefähigkeit der deutschen EZ.

Deswegen werden im Zuge der Reform Instrumente stärker auf ihre Kernmandate fokussiert und zugleich Haushaltstitel im Einzelplan 23 stärker gebündelt. Darüber hinaus werden **Sonderinitiativen** entweder beendet oder angesichts der besonderen entwicklungspolitischen Relevanz verstetigt.

Im Beauftragungsprozess werden Verfahrensschritte verschlankt und entbürokratisiert. Künftig soll die Beauftragung von integrierten sektoralen Vorhaben – nach Möglichkeit und abhängig vom Länderkontext – erfolgen, **dabei werden die technische und die finanzielle Zusammenarbeit eng zusammen geplant und umgesetzt**. Der Planungsprozess wird entbürokratisiert und entlang thematischer Schwerpunkte orientiert. Dies erhöht die Flexibilität und Reaktionsfähigkeit auf sich ändernde Kontexte und Partnerbedarfe. Um schnell und flexibel auf die besten Ideen und Köpfe zuzugreifen zu können und damit die Handlungsfähigkeit der Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen, stärkt das BMZ das Wettbewerbsprinzip in der Umsetzung der technischen Zusammenarbeit.

Auch die politische Steuerung und **kohärente Planung multilateraler Finanzierungen sowie der Zusammenarbeit mit nicht-staatlichen Partnern wird gestärkt**. Multilaterale Finanzierungen werden künftig in einer zentralen Arbeitseinheit entlang gemeinsamer Kriterien politisch gesteuert. Wo möglich werden Planungsprozesse, Verfahren und Fristen zusammengeführt und damit eine kohärentere, strategischere Planung ermöglicht. Das multilaterale Instrument *Funds in Trust* wird zur Gestaltung von Allianzen mit internationalen Akteuren gestärkt.

Der strategische Austausch mit **zivilgesellschaftlichen Partnern** wird ausgebaut, auch über verschiedene Akteursgruppen hinweg. Ein Ausbau von thematischen Förderungen steigert die entwicklungspolitische Kohärenz. Das BMZ schafft mehr Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit lokaler Zivilgesellschaft im Globalen Süden.

Evidenz und Wirkungen weiter erhöhen

Wirksamkeit und Evidenz sind zentrale Steuerungsprinzipien der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Angesichts unveränderter globaler Herausforderungen und rückgängiger Haushaltsmittel gewinnen sie beide mehr an Relevanz. Ein zentraler Hebel ist dabei eine **Stärkung der evidenzbasierten Umsetzung**. Im internationalen Vergleich investiert das BMZ – insbesondere unter den bilateralen Gebern – seit Jahren substanziell in den Aufbau eines tragfähigen, wissenschaftsbasierten Wissensökosystems. Dazu gehören Einrichtungen wie IDOS (German Institute of Development and Sustainability), DEval (Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit) und GIGA (German Institute for Global and Area Studies), Forschungspartnerschaften mit führenden ökonomischen und sozialwissenschaftlichen Instituten in Deutschland sowie Kooperationen mit anerkannten Universitäten und Think Tanks weltweit.

Wissenschaftliche Evidenz soll künftig noch systematischer dazu beitragen, innerhalb der strategischen Prioritäten des BMZ diejenigen Ansatzpunkte zu identifizieren, die ein überzeugendes Verhältnis von erwartbarer Wirkung, Wirtschaftlichkeit und Umsetzungsfähigkeit aufweisen. Dazu gehört auch, bewährte Ansätze konsequenter zu nutzen und weniger wirksame Vorgehensweisen zugunsten evidenzgestützter Alternativen schrittweise zurückzuführen.

Die Stärkung der Evidenzbasis soll informierte politische Entscheidungen ermöglichen, ohne jedoch den politischen Handlungsspielraum einzuengen. **Eine evidenzbasierte Entwicklungspolitik ist somit keine Abkehr von einer interessen- und wertebasierten Entwicklungspolitik, sondern ein Instrument für ihre wirkungsvollere Umsetzung.**

Sowohl für die Auswertung von Wirkungen und Evidenz als auch für die Kommunikation zu Erfolgen der Entwicklungszusammenarbeit benötigt das BMZ **ein modernes System zur Datenerfassung und Datenauswertung**. Ein solches System muss zudem die Grundlage für Steuerungs- und Allokationsprozesse sein.

Als Ergebnis des Reformprozesses wird das BMZ eine neue Servicestelle zu Evidenz einrichten, die ein stärker evidenzbasiertes System ausbauen soll. Zudem sollen

die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH und KfW beauftragt werden, Standardwirkungsmodelle einzuführen und diese strategischer zu nutzen. Weiter setzt sich das BMZ zum Ziel, die Datenverfügbarkeit, Datenmanagement und Datenqualität auszubauen. Ein digitales Managementsystem im Einklang mit der IT-Modernisierungsagenda des Bundes wird langfristig als Grundlage für Allokationsentscheidungen, für die Information zum aktuellen Portfolio in Ländern, zu Instrumenten und Themen sowie zur Ergebnisberichterstattung dienen.

Strategische Außenkommunikation stärken

Das BMZ hat ein zentrales Interesse daran, **entwicklungspolitische Schwerpunkte als Teil der strategischen Auslandskommunikation der Bundesregierung zu stärken**. Die Kommunikation in den Partnerländern kann einen wichtigen Beitrag leisten zur Sichtbarkeit und Akzeptanz der deutschen und europäischen Entwicklungspolitik sowie im **Kampf gegen Desinformation** und bei der Stärkung verlässlicher Partnerschaften. Auch die konkreten, positiven Wirkungen auf das Leben der Menschen im Partnerland sollen dabei adressatengerecht in den Fokus genommen werden. Der direkte Austausch mit Bürger*innen der Partnerländer auf allen Ebenen stärkt insbesondere in fragilen Partnerländern den zivilgesellschaftlichen Austausch. Mittelbar können so auch deutsche Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen verstärkt sowie antieuropäischen Tendenzen entgegengewirkt werden.

Eine modernisierte Entwicklungszusammenarbeit braucht kommunikative Klarheit über Zweck, Prioritäten und Wirkung. Die Reform stellt sicher:

- ein kohärentes Narrativ der Entwicklungspolitik als Kooperations- und Sicherheitsressort
- verbindliche Leitlinien für externe Kommunikation
- klare interne Kommunikationsarchitekturen
- sichtbarere Wirkungserzählungen für Parlament, Öffentlichkeit und Partner

Damit wird die Entwicklungszusammenarbeit anschlussfähig – politisch, gesellschaftlich und international.

5. Vom Plan zur Umsetzung – Ausblick auf die nächsten Schritte

Der vorgelegte Reform- und Strategieplan legt die **Grundlage für eine ambitionierte Umsetzung von Veränderungsprozessen im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und bei Durchführungsorganisationen**. Die Umsetzung wird durch eine interne Arbeitsstruktur auf Leitungsebene begleitet, deren Arbeit sich an einem Umsetzungsplan mit konkreten, messbaren Meilensteinen orientiert und die für die Integrität der Reformumsetzung Sorge trägt. Die Umsetzung der Reformentscheidungen **beginnt im Januar 2026 und wird bis Sommer 2027** beendet sein. Bei der **Aufstellung und Planung des Haushaltes 2027** werden die Reformentscheidungen abgebildet.

Bei der Umsetzung werden agile Kooperationsformate zur abteilungsübergreifenden Zusammenarbeit genutzt und die externen Partner des BMZ eng eingebunden. Prozess- und Verfahrensmodernisierungen werden in enger Abstimmung zwischen BMZ und den Durchführungsorganisationen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit umgesetzt. Der weitere Prozess orientiert sich damit sowohl inhaltlich als auch prozedural an den Grundsätzen einer modernen Verwaltung und setzt die Potentiale neuer Arbeitsformen in Wert.

Um die Reform der Entwicklungspolitik und die daraus abgeleiteten Ziele wirksam umzusetzen, wird sich das BMZ organisatorisch neu aufstellen. Dafür werden Struktur und Abläufe gestrafft sowie Aufgaben und Rollen der Arbeitseinheiten geschärft. Diese Neuausrichtung wird sich in einem **neuen Organisationsplan** des BMZ abbilden.

Impressum

HERAUSGEBER

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

DIENSTSITZE

→ BMZ Bonn

Dahlmannstraße 4, 53113 Bonn

→ BMZ Berlin

Stresemannstraße 94, 10963 Berlin

KONTAKT

publikationen@bmz.bund.de

www.bmz.de

STAND

Januar 2026

BILDNACHWEIS

Steffen Kugler / BPA / S. 5